

„Die deutsch-polnische Aussöhnung ist Staatsräson“

*Seit September 2020 ist er im neuen Amt:
Rolf Nickel, der Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft
für Auswärtige Politik (DGAP).*



Rechtsstaatlichkeit steht wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechte im Zentrum der Werte der Europäischen Union«

ROLF NIKEL

Vizepräsident
der Deutschen Gesellschaft
für Auswärtige Politik
(DGAP)



Von Rainer Schubert

Es gehört zum DGAP-Selbstverständnis, die Verbindung zum Zentrum deutscher Außenpolitik, dem Auswärtigen Amt, zu pflegen. Rolf Nickel war bis Juni 2020 Botschafter in Warschau, sechs Jahre lang. Mit diesem wesentlichen, und wie unser Gespräch verdeutlicht, sensiblen Posten beschloss er seine vier Jahrzehnte währende diplomatische Karriere. Ein dichtes Netzwerk hat er in dieser Zeit zusammengeknüpft, das es zu nutzen gilt, statt es im Schrank der Ruhestandserinnerungen abzulegen.

DGAP-Netzwerk rückt zusammen

Zu diesem Netzwerk passt die Aufgabe des DGAP-Vizepräsidenten. Nicht nur die alten Verbindungen zum Amt sind aktiv zu halten, auch die Kontakte zu anderen Bundesministerien, dem Bundestag, zu anderen Think Tanks gilt es zu pflegen, ebenso in die Mitgliedschaft. Und die beschränkt sich nicht auf Berlin, sondern ist bundesweit verstreut in Regionalforen aktiv, in München, Frankfurt, Hamburg, Stuttgart, Dresden, mehrfach in Nordrhein-Westfalen und sogar in Brüssel – eine Besonderheit der DGAP unter den Think Tanks in Deutschland. Corona sei Dank (welch' Ironie) ermöglicht die notwendige Umstellung auf Webveranstaltungen, den Regionalforen eine größere, landesweite Präsenz. Die DGAP und ihre Mitglieder rücken zusammen.

DGAP-Vizepräsident – das bedeutet für den Botschafter a.D. die Fortsetzung der Diplomatie, die, wie er zugibt, eine Berufung, ja ein Traumjob gewesen sei, oder richtiger: noch immer ist. Schon in Schulzeiten, verrät der gebürtige Frankfurter, der in seiner Heimatstadt, in Durham und Paris Politikwissenschaften, Volkswirtschaft und Völkerrecht studierte, habe ihn das Internationale interessiert. Nach Moskau, Nairobi, Paris, Washington führte ihn die diplomatische Karriere, im Auswärtigen und im Bundeskanzleramt beschäftigte sich Rolf Nickel in leitenden Funktionen mit Osteuropa, der Außen- und Sicherheitspolitik.

Außenpolitik orientiert sich funktional

Dies sind die Klassiker deutscher Außenpolitik und damit auch die über lange Zeit beherrschenden Themen der DGAP-Agenda. Möchte der neue Vizepräsident neue Akzente setzen, wie Mittel- und vor allem Fernost? „Wir wollen von der ausschließlichen Betrachtungsweise nach Regionen wegkommen“, korrigiert er. „Wir haben Schwerpunkthemen identifiziert, wie Geo-Ökonomie, Internationale Ordnung, Sicherheitspolitik etc. Die Think Tank-Landschaft muss sich darauf einstellen, und wir sind bei diesem Transformationsprozess schon ziemlich weit gekommen“. Dazu gehöre u.a., auf die junge Generation zuzugehen, so Botschafter Nickel, und mit der jungen DGAP sei man gut aufgestellt.

Es liegt auf der Hand, dass der kürzlich aus Warschau zurückgekehrte Diplomat sich im DGAP-Gesprächskreis Polen mit seinem umfangreichen Diskussionsprogramm engagiert. Wie schätzt er die deutsch-polnischen Beziehungen ein? Waren sie vielleicht schon einmal besser? „Sie sind besser als ihr Ruf“,

stellt er klar. Die breite Kooperation in Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, die regionalen Kooperationen seien eine solide Grundlage, unabhängig von der Couleur der jeweiligen Regierung in Warschau. Es gelte vor allem, die enormen Erfolge der Aussöhnung aufrechtzuerhalten. Und, gibt der Ex-Botschafter zu bedenken, sie werde uns noch lange beschäftigen, denn die beispiellosen Gräueltaten des Zweiten Weltkrieges seien eine Tatsache, der sich jede Generation neu stellen müsse. Denn es gehe auch darum, eine noch vertrauensvollere Grundlage für die Zusammenarbeit für die gegenwärtigen Themen zu schaffen, wie gegenüber Russland, oder in der Europäischen Union.

Trifft der Eindruck zu, dass die gegenwärtige Regierung Polens die Vergangenheit mehr in den Mittelpunkt stellt? Auch früheren Regierungen war dieses Thema wichtig, so Nickel. Er erinnert u. a. an den früheren Außenminister Wladyslaw Bartoszewski. Die Bewältigung der deutsch-polnischen Vergangenheit sei ein gesamtgesellschaftliches Thema. Aber, räumt der Polen-Kenner ein, für die jetzige Warschauer Regierung sei Geschichtspolitik besonders wichtig. „Sie trifft eine Saite der polnischen Gesellschaft, die man sehr leicht zum Schwingen bringen kann.“ Man dürfe sie jedoch nicht innenpolitisch instrumentalisieren.

Erfolgsgeschichte deutsch-polnische Beziehungen

Auch für die deutsche Bevölkerung gelte es, die deutsch-polnische Vergangenheit noch stärker in ihrem Bewusstsein zu verankern als bisher geschehen. Neben großen Sinnbildern, wie dem Kniefall Willy Brands in Warschau 1970 oder dem Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder 1965 („Wir vergeben und wir bitten um Vergebung“) gehöre dazu auch die tägliche Versöhnungsarbeit auf allen Ebenen. Nickel nennt u.a. das gemeinsame Geschichtsbuch und würdigt die Entscheidungen des Deutschen Bundestags zur Errichtung eines Dokumentationszentrum in Berlin zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen Besatzungspolitik und zur Schaffung eines Ortes des besonderen Gedenkens an die polnischen Opfer. „Die deutsch-polnische Aussöhnung ist und bleibt Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland“, bekennt Nickel.

Trotz aller Belastungen seit den polnischen Teilungen und insbesondere in der Katastrophe des 2. Weltkriegs, also in den letzten gut 200 Jahren, könne man die deutsch-polnischen Beziehungen seit 1989 als Erfolgsgeschichte beschreiben. „Wir müssen uns neben der Geschichte auch auf die großen Fragen konzentrieren, mit denen wir heute umgehen müssen, wie etwa dem Klimawandel, der neuen Führung in den USA, China als systemischen Rivalen und dem Verhältnis zu Russland resümiert Nickel. Neben dem guten bilateralen Einvernehmen komme es dabei auf die fundamentalen Grundlagen des Zusammenlebens in Europa an. Und der ehemalige Botschafter in Warschau wird deutlich: „Rechtsstaatlichkeit steht wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechte im Zentrum der Werte der Europäischen Union. An diesen Werten muss festgehalten werden.“